



SPD-Fraktion  
im Rat der Stadt  
Wuppertal



CDU-Fraktion im  
Rat der Stadt  
Wuppertal



Fraktion BÜNDNIS  
90/ DIE GRÜNEN im  
Rat der Stadt  
Wuppertal



FDP-Fraktion im Rat  
der Stadt Wuppertal



Ratsgruppe  
Freie Wähler

An den Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal  
Herrn Prof. Dr. Uwe Schneidewind  
Rathaus  
Johannes-Rau-Platz 1  
42275 Wuppertal

Datum 07.12.2020

**Gemeinsamer Antrag**

**Drucks. Nr. VO/1019/20**  
öffentlich

Zur Sitzung am  
**07.12.2020**

Gremium  
**Rat der Stadt Wuppertal**

**Dringlichkeitsantrag gemäß §11, Abs. 3 der Geschäftsordnung**  
**Appell: Mehr Eigenverantwortung der Schulen auch in Zeiten der Pandemie**

**Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Ratsgruppe Freie Wähler vom 07.12.2020**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und die Ratsgruppe der Freien Wähler beantragen, der Rat der Stadt Wuppertal möge an Stelle der Drucksache VO/1017/20 beschließen, und wir begründen nachfolgend die Dringlichkeit dieses Antrages gemäß §11, Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates:

Aufgrund der anhaltend hohen Infektionszahlen halten wir es jetzt für dringend erforderlich, auch in Wuppertal zum Schutz der Schülerinnen und Schüler sowie des Schulpersonals, dass folgender Appell beschlossen und die u. g. Beschlüsse des Rates umgesetzt werden.

1. Den Schritt der Landesregierung, zeitversetzten Unterricht zu ermöglichen, begrüßen wir ausdrücklich.  
Wir schließen uns daher dem Appell des Städtetages NRW an, der einen Stufenplan für die Schulen fordert, damit Schulen auf steigende Infektionszahlen angemessen reagieren können. Dieses würde auch die Sorgen der Lehrerschaft, der Eltern und Schülerinnen und Schüler aufgreifen.
2. Hierzu gehört aber auch, dass die Schulen auch von der Möglichkeit eines entzerrten Unterrichtsbeginns Gebrauch machen können. Hierzu wird die Verwaltung beauftragt, mit den Schulen in Wuppertal darüber ins Gespräch zu kommen und gemeinsam mit den Schulen ein Modell des zeitversetzten Unterrichts zu entwerfen.  
Darüber hinaus sollen die Schulen in Wuppertal deshalb in Eigenverantwortung, jedoch in Absprache untereinander sowie mit dem Schuldezernat entscheiden können, inwiefern sie ein Wechselmodell mit Distanzunterricht umsetzen wollen.

3. Hierzu gehört ebenso, mehr Schulbusse im Schülerverkehr einzusetzen, damit die Abstandregeln auch in den Bussen eingehalten werden können. Die Verwaltung wird daher gebeten zu prüfen, ob durch die WSW die derzeit nicht benötigten Einsatzbusse für den Unibetrieb für den Schülerverkehr eingesetzt werden können, und die Landesregierung wird aufgefordert, die Fortführung des Schulbus-Programms bis mindestens zum Beginn der Osterferien sicherzustellen.
4. Hierzu gehört weiter, dass die Schulen für Distanzunterricht oder Hybridunterricht mit digitalen Endgeräten ausgestattet sind und der Portalserver IServ für Schulen störungsfrei funktioniert. Mehreren Schülern und Schülerinnen fehlen digitale Endgeräte, die für einen Distanzunterricht notwendig sind. Das Land hat dafür Fördermittel bereitgestellt. Die Verwaltung wird daher beauftragt, schnellstmöglich dafür zu sorgen, dass insbesondere für Kinder aus benachteiligten Familien, die keine eigenen Endgeräte zur Verfügung haben, Tablets als Leihgeräte zur Verfügung gestellt werden.
5. Hierzu gehört auch die Anschaffung von Raumlüftungsgeräten in Schulräumen, die über Fensteröffnungen nicht ausreichend zu lüften sind. Wir bitten die Verwaltung, die dafür vorgesehene Förderung des Landes NRW in Anspruch zu nehmen, Raumlüftungsgeräte anzuschaffen und den Schulen zur Verfügung zu stellen.
6. Hierzu gehört auch, dass die Schulsekretariate in der Pandemie in besonderem Maße gefordert sind. Sie sind aber nicht entsprechend ausgestattet. Wir bitten die Verwaltung zu prüfen, wie hoch der zusätzliche Bedarf an Personal in den Schulsekretariaten durch die Coronapandemie ist und ob an den Schulen befristete Minijobs für die Schulsekretariate während der Coronapandemie eingestellt werden können.

### **Begründung:**

Der reine Präsenzunterricht ist angesichts hoher Infektionszahlen nicht mehr geeignet, um das Infektionsgeschehen einzudämmen. Zudem gibt es in vielen Schulen Räume und Sporthallen, deren Ausstattung und begrenzte Lüftungsmöglichkeiten den normalen Schulunterricht behindern.

Auf der anderen Seite haben viele Schulen bereits ausgereifte Konzepte erarbeitet, die ein Wechselmodell mit Distanzunterricht in kurzer Zeit ermöglichen würden. Digitale Endgeräte wurden in großem Maße bereits angeschafft, die Ausweitung der Kapazitäten wurde laut Aussage des Schuldezernenten bereits veranlasst.

Die Schulen und Städte brauchen praxistaugliche Maßnahmen, um angesichts hoher Infektionszahlen auf Basis der Bund-Länder-Einigung schnell und flexibel reagieren zu können. Bislang findet in NRW ausschließlich Präsenzunterricht an allen Schulen statt, auch in von Corona stark betroffenen Kommunen wie Wuppertal, unabhängig von der konkreten Situation vor Ort. Täglich müssen mehr Kinder, Lehrkräfte und weiteres schulisches Personal in Quarantäne. Es entstehen immer neue Unterrichtslücken, die durch die schulinternen Abläufe kaum noch aufgefangen werden können, Vertretungsunterricht ist die Regel. Zudem werden die Familien der Betroffenen ebenfalls zusätzlichen gesundheitlichen Risiken ausgesetzt und gefährdet. Lernen bedeutet unter solchen Umständen Stress für alle Beteiligten. So dynamisch wie das Infektionsgeschehen ist, so dynamisch müssen die Maßnahmen sein, damit umzugehen. Das Ziel ist nach wie vor, die Schulen möglichst offen zu halten trotz Corona.

Deshalb ist ein landesweit einheitlicher Stufenplan für die Schulen notwendig, der die Höhe der Infektionszahlen berücksichtigt.

Mit unserem Appell richten wir uns an die Landesregierung, mehr Handlungskompetenz zu ermöglichen und mit einem solchen Stufenmodell den Kommunen die Entscheidung zu überlassen, ob im Wechsel Präsenz- oder digitaler Unterricht sinnvoller ist.

Der Beschluss von Bund und Ländern vom 26. November 2020 sieht vor, dass in Kommunen mit einem Inzidenzwert über 200 der sogenannte Hybridunterricht möglich wird. Der Hybridunterricht sollte dabei grundsätzlich erst ab der 8. Klasse praktiziert werden. Da das Infektionsgeschehen in Wuppertal sich weiterhin um einen Inzidenzwert um die 200-Marke bewegt, sehen wir uns als Rat der Stadt verpflichtet, eine vorausschauende Lösung und Flexibilität für die Schulen einzufordern.

Um weitere Infektionen zu vermeiden, ist es dringend notwendig, nun den nächsten Schritt zu gehen und die Schulorganisation in Pandemiezeiten vorausschauend zu gestalten.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Jürgen Reese  
Fraktionsvorsitzender

Caroline Lünenschloss  
Fraktionsvorsitzende

Ludger Kineke  
Fraktionsvorsitzender

Yazgülü Zeybek  
Fraktionsvorsitzende

Paul Yves Ramette  
Fraktionsvorsitzender

Alexander Schmidt  
Fraktionsvorsitzender

Ralf Wegener  
Sprecher FW